

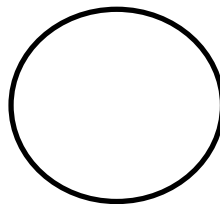
Bundesversicherungsamt

Zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz

**Prüfungsaufgaben für das Prüfungsfach
„Wirtschafts- und Sozialkunde“**

Abschlussprüfungen

Aufgabe



1. Aufgabe

- 1.1 Betriebe können je nach ihren Zielsetzungen in erwerbswirtschaftliche, kostendeckende und bedarfsdeckende Betriebe eingeteilt werden.

Geben Sie an, welche Zielsetzungen eine Betriebskrankenkasse und die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB), ein öffentliches Nahverkehrsunternehmen der Stadt Köln, verfolgen und begründen Sie Ihre Entscheidung.

- 1.2 Die KVB und die BKK sind Dienstleistungsunternehmen. Geben Sie zwei Abgrenzungsmerkmale an, mit denen sich Dienstleistungen von Sachgütern unterscheiden.

- 1.3 Für die gesetzlichen Krankenkassen hat sich durch die Öffnung des Marktes eine veränderte Marktlage ergeben. Sie versuchen seitdem verstärkt mit Marketingmaßnahmen ihre Wettbewerbssituation zu verbessern. Beschreiben Sie, was man unter Marketing versteht.

- 1.4 Zeigen Sie am Beispiel der Preispolitik auf, dass die gesetzlichen Krankenkassen dieses Marketinginstrument nur begrenzt einsetzen können.

Maßnahme:

Grenze:

1.5 Bei den Krankenkassen und den anderen Sozialversicherungsträgern tritt heute der Behördencharakter gegenüber dem Dienstleistungscharakter immer weiter in den Hintergrund. Geben Sie dafür zwei Beispiele an.

1.6 Nach § 13 Abs. 1 SGB I haben die Sozialversicherungsträger die Aufgabe, über Rechte und Pflichten nach dem Sozialgesetzbuch aufzuklären. Geben Sie drei Maßnahmen/Aktivitäten an, mit denen die Sozialversicherungsträger dieser Verpflichtung nachkommen.

1.7 Rentabel /erfolgreich arbeitet ein Unternehmen, wenn es einen entsprechenden Gewinn erzielt. Erläutern Sie an einem selbstgewählten Beispiel, dass neben dem Gewinn auch die Eigenkapitalrentabilität Aussagen über den Erfolg eines Unternehmens machen kann.

2. Aufgabe

In einer geschlossenen Volkswirtschaft mit den Wirtschaftssektoren private Haushalte, Unternehmen, Staat und Kapitalsammelstellen (Banken) fließen die nachfolgenden monetären Ströme:

Brutto-Arbeitseinkommen	2.000 GE (Geldeinheiten)
Subventionen an Unternehmen	200 GE
Privater Konsum	1.500 GE
Staatlicher Konsum	600 GE
Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der privaten Haushalte	350 GE
Leistungen der Sozialversicherungsträger an private Haushalte	150 GE
Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen	300 GE
Zinsen an private Haushalte	100 GE

2.1 Berechnen Sie die folgenden Größen. Der Rechenweg muss erkennbar sein. Runden Sie – falls notwendig – auf zwei Stellen hinter dem Komma.

2.1.1 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

2.1.2 Sparquote der privaten Haushalte

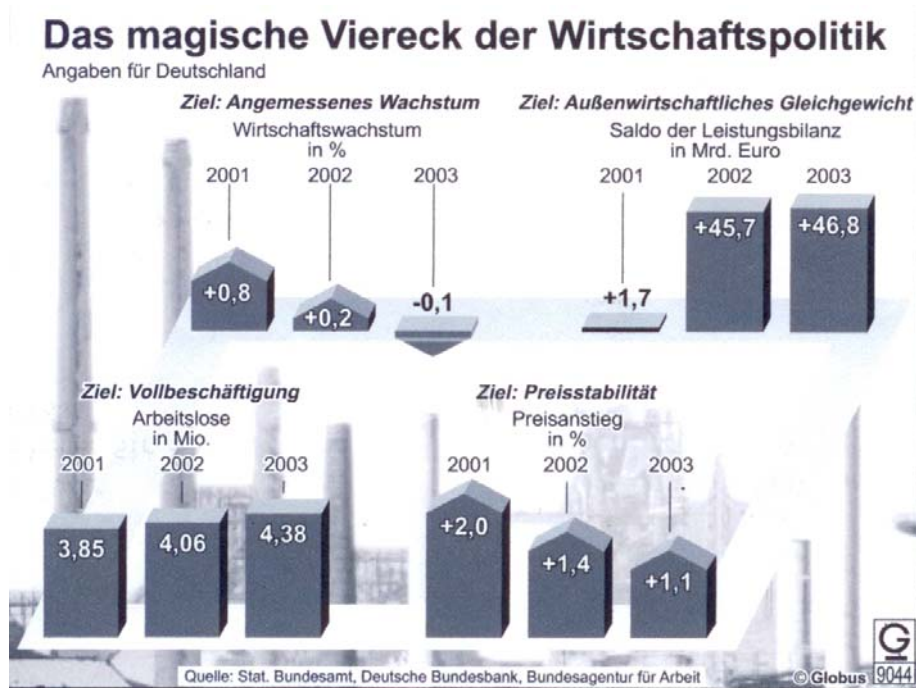
2.2 Beschreiben Sie drei Motive, warum private Haushalte sparen.

2.3 Bei welchen / welchem der oben aufgeführten Einkommen handelt es sich um Transfereinkommen? Begründen Sie Ihre Entscheidung.

2.4 Eine Art von Faktoreinkommen sind u.a. auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Welche Steuer muss für diese Einkünfte bezahlt werden?

2.5 Begründen Sie, ob es sich bei der von Ihnen unter 2.4 genannten Steuer um eine direkte oder indirekte Steuer handelt.

2.6



Die Hauptziele der Wirtschaftspolitik wurden 1967 im sogenannten Stabilitätsgesetz verankert. Stellen Sie mithilfe der oben abgebildeten Grafik fest, ob folgende Ziele in den Jahren 2001 – 2003 erreicht worden sind und begründen Sie Ihre Entscheidung.

2.6.1 Angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum

2.6.2 Preisstabilität

2.6.3 Vollbeschäftigung / Hoher Beschäftigungsstand

2.7 Geben Sie die Konjunkturphase an, in der sich die Volkswirtschaft in den Jahren 2001 - 2003 befand.

2.8 Erklären Sie, was man unter einem „Konjunkturindikator“ versteht.

- 2.9 Nennen Sie außer den im Stabilitätsgesetz genannten Größen drei weitere Konjunkturindikatoren und geben Sie deren wahrscheinliche Entwicklungsrichtung in den Jahren 2001 bis 2003 an.

- 2.10 Zur Konjunkturbelebung und damit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit stehen verschiedene wirtschaftspolitische Grundkonzepte zur Verfügung. Beschreiben Sie die Grundidee der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

- 2.11 Geben Sie drei Instrumente/Maßnahmen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik an, die zur Konjunkturbelebung beitragen sollen.

3. Aufgabe

- 3.1 Ein Unternehmen in der Dienstleistungsbranche entlässt 20 Mitarbeiter. Diese melden sich am nächsten Tag bei der zuständigen Agentur für Arbeit arbeitslos. Beschreiben Sie drei mögliche negative wirtschaftliche Folgen der Arbeitslosigkeit für die privaten Haushalte.

- 3.2 Geben Sie zwei mögliche negative Auswirkungen für die Bundesagentur für Arbeit an.

- 3.3 Welche Leistungen können die ehemaligen Mitarbeiter von der Agentur für Arbeit erhalten? Nennen Sie drei.

- 3.4 Entlassungen von Mitarbeitern können aber auch Nachteile für die Unternehmen mit sich bringen. Geben Sie zwei dieser möglichen Nachteile für Unternehmen im Dienstleistungsbereich an.

3.5 Von offiziellen Stellen wurden folgende Zahlen zum Arbeitsmarkt veröffentlicht:

Registrierte Arbeitslose	4.000.000
Selbstständige	3.000.000
Abhängige Erwerbspersonen	38.500.000
Offene Stellen	500.000
Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	200.000
Kurzarbeiter	250.000

Berechnen Sie die Arbeitslosenquote. Der Rechenweg muss erkennbar sein. Runden Sie – falls erforderlich – auf zwei Stellen hinter dem Komma.

4. Aufgabe

Jennifer Pütz arbeitet als Sozialversicherungsfachangestellte bei einer Kölner Krankenkasse. Ein Bekannter von ihr, Sebastian Schmitz, ist in einem Zulieferbetrieb der Automobilindustrie mit 150 Beschäftigten tätig. Eines Tages erhält Sebastian eine Kündigung, die mit der Verlagerung eines Teils der Produktion nach Polen begründet wird. Die Kündigung wurde unter Hinweis auf das Kündigungsschutzgesetz umfassend begründet.

4.1 Aus welchen drei Gründen lässt das Kündigungsschutzgesetz eine Kündigung zu?

4.2 Um welchen Kündigungsgrund handelt es sich im vorliegenden Fall? Begründen Sie Ihre Entscheidung.

- 4.3 Sebastian ist der Ansicht, die Kündigung sei nicht sozial gerechtfertigt, weil eigentlich dem Franz Schubert hätte gekündigt werden müssen. Franz ist fünf Jahre jünger als er und außerdem kinderlos, im Gegensatz zu Sebastian, der verheiratet ist und zwei kleine Kinder zu versorgen hat. Schließlich ist Sebastian zwei Jahre länger in dem Betrieb beschäftigt als Franz.

Hat Sebastian mit seiner Auffassung Recht? Begründen Sie Ihre Entscheidung anhand der Vorgaben des Kündigungsschutzgesetzes.

- 4.4 Sebastian möchte gegen die Kündigung juristisch vorgehen. Welche Art von Klage müsste er einreichen, vor welchem Gericht und innerhalb welcher Frist?

- 4.5 Sebastian hat die Kündigung am 10. Januar 2007 erhalten. Er ist 32 Jahre alt und seit 10 Jahren im Betrieb beschäftigt. Zu welchem Termin konnte die Kündigung frühestens ausgesprochen werden? Begründen Sie Ihre Entscheidung gemäß den Bestimmungen des BGB's (siehe Auszug).

§ 622 Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen. (1) Das Arbeitsverhältnis eines Arbeiters oder eines Angestellten (Arbeitnehmers) kann mit einer Frist von vier Wochen zum Fünfzehnten oder zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(2) 1 Für eine Kündigung durch den Arbeitgeber beträgt die Kündigungsfrist, wenn das Arbeitsverhältnis in dem Betrieb oder Unternehmen

1. zwei Jahre bestanden hat, einen Monat zum Ende eines Kalendermonats,
2. fünf Jahre bestanden hat, zwei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
3. acht Jahre bestanden hat, drei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
4. zehn Jahre bestanden hat, vier Monate zum Ende eines Kalendermonats,
5. zwölf Jahre bestanden hat, fünf Monate zum Ende eines Kalendermonats,
6. 15 Jahre bestanden hat, sechs Monate zum Ende eines Kalendermonats,
7. 20 Jahre bestanden hat, sieben Monate zum Ende eines Kalendermonats.

2 Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Zeiten, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahrs des Arbeitnehmers liegen, nicht berücksichtigt.

4.6 Neben Sebastian erhalten noch weitere 30 Arbeitnehmer des Unternehmens eine Kündigung wegen der Verlagerung eines Betriebsteils nach Polen. Als sich die Nachricht von den Kündigungen im Unternehmen verbreitet, löst dies innerhalb der Belegschaft große Unruhe aus. Noch am selben Tag entschließt sich die gesamte Belegschaft spontan zur Arbeitsniederlegung und tritt aus Solidarität mit den gekündigten Arbeitnehmern für drei Tage in einen Streik.

Liegen die Voraussetzungen für einen rechtmäßigen Streik hier vor? Begründen Sie Ihre Entscheidung.

5. Aufgabe

Eine funktionierende Marktwirtschaft ist auf leistungsstarke Großunternehmen angewiesen.

5.1 Begründen Sie diese Aussage mit Hilfe von zwei Argumenten.

5.2 Geben Sie zwei Möglichkeiten an, wie Großunternehmen entstehen können.

5.3 Warum sind auch kleinere Unternehmen für eine Volkswirtschaft wichtig?
Geben Sie drei mögliche Gründe an.

6. Aufgabe

Die drei Automobilhersteller Alfa, Beta und Delta stehen in Deutschland im Wettbewerb für Mittelklassefahrzeuge. Auffällig ist, dass sich die Preise auf dem Markt nur unwesentlich unterscheiden und dass bei Preisänderungen eines Anbieters die anderen mit kurzer Verzögerung folgen.

6.1 Beschreiben Sie die Marktform „Angebotsoligopol“ mit zwei typischen Merkmalen.

6.2 Wie wird die oben beschriebene Verhaltensweise bezeichnet?

6.3 Begründen Sie, warum die Automobilhersteller diese Verhaltensweise wählen.

6.4 Beschreiben Sie eine andere als die im Sachverhalt dargestellte Verhaltensweise.
Wozu würde diese Strategie führen?

- 6.5 Die Automobilhersteller überlegen, wie sie trotz des fehlenden Preiswettbewerbs ihren Umsatz/Marktanteil erhöhen können. Wie können Sie dieses erreichen? Geben Sie drei Möglichkeiten an.
